

VOLKSKAMMER
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 86

F r a g e n

für die Fragestunden
der 17. Tagung der Volkskammer
am Freitag, dem 22. Juni 1990

Verzeichnis der Fragenden

<u>Abgeordnete</u>	<u>Nummer der Frage</u>
Angelika Barbe (SPD)	7,25
Karl-Heinz Binus (CDU/DA)	21,28
Frank Bogisch (SPD)	22,36
Roland Claus (PDS)	2
Jürgen Demloff (PDS)	12,13
Marlies Deneke (PDS)	8
Dr. Ernst Dörfler (Bündnis 90/Grüne)	31,32
Dr. Walter Fiedler (CDU/DA)	23
Dr. Ursula Fischer (PDS)	39
Wolf-Peter Hannig (PDS)	16,17
Peter Hildebrand (Bündnis 90/Grüne)	4,29
Anne-Karin Glase	33
Frieder Jelen (CDU/DA)	5
Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS)	14
Manfred Koslowski (CDU)	6
Hinrich Kuessner (SPD)	10
Katarina Landgraf (CDU)	20
Dr. Christine Lucyga (SPD)	11,24
Jürgen Mäder (Bündnis 90/Grüne)	1
Dr. Reinhard Mocek (PDS)	3
Christine Rudolph (SPD)	37
Volker Schemmel (SPD)	30
Angela Schneider (PDS)	18
Dr. Michael Schumann (PDS)	15
Gisela Sept-Hubrich (SPD)	9
Kurt Stempel (CDU/DA)	35,38
Dr. Volker Stephan (SPD)	19,26
Bernd Voigtländer (SPD)	27
Gunter Weißgerber (SPD)	34

Ministerpräsident

1. Abgeordneter
Mäder
Fraktion Bündnis 90/
Grüne

Sie teilten uns mit, daß der Erwerb von Grund und Boden für Bürger der DDR bis 31. Dezember 1990 möglich wäre.

Ich frage Sie:

Ist dieser Zeitraum nicht zu kurz, um Bodenerwerb abzuwickeln? Durch die Währungsunion wird die Zahlungsfähigkeit von Bürgern und Gewerbe stark reduziert. Wäre nicht ein Zeitraum von 2 - 3 Jahren zur Gewährung gleicher Chancen erforderlich?

2. Abgeordneter
Roland Claus
PDS-Fraktion

Teilen Sie die Auffassung, daß die von den Medien verbreiteten kontroversen Aussagen zum Termin für gesamtdeutsche Wahlen die Bürger verunsichern?

Bewerten Sie die Äußerungen von BRD-Spitzenpolitikern als Angriffe auf die Souveränität Ihrer Regierung und Ihrer Person?

Wie ist Ihre persönliche Auffassung zum Termin der gesamtdeutschen Wahlen?

3. Abgeordneter
Prof. Dr. Reinhard Mocek
PDS-Fraktion

Bestätigt der Ministerpräsident - entgegen der Verfahrensweise in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR - die Anwendung des alten zentralistischen bürokratischen Status, das unter Mißachtung der Freiheit der Wissenschaft die Berufung des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR durch den Regierungschef vorsieht? Wenn ja, warum lehnt er die Berufung des demokratisch und entsprechend internationalen Gepflogenheiten gewählten Präsidenten der AdW ab? Wird es für die AdW bzw. für eine oder mehrere Nachfolgeorganisationen der AdW eine gemeinsame Finanzierungspflicht des Gesamtstaates und des jeweiligen Sitzlandes geben?

4. Abgeordneter
Peter Hildebrand,
Fraktion Bündnis90/Grüne

Wir haben uns in den vergangenen Jahren im Rahmen des konziliaren Prozesses und den ökumenischen Versammlungen der Christen und Kirchen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung für ein NEUES DENKEN in Staat und Gesellschaft eingesetzt.

Etwas davon fand sich in Ihrer Regierungserklärung vom 19. 4. 1990 wieder.

Wie erklären Sie nun, daß in dem Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion schon im Titel das Wort "Umwelt" und auch sonst im Text die Begriffsbestimmung ökologisch verpflichtete soziale Marktwirtschaft ebenso fehlen wie der Blick auf Weltwirtschaftliche Gerechtigkeit.

Können Sie verstehen, daß viele - wenn nicht alle, die sich für das NEUE DENKEN und HANDELN eingesetzt haben - in diesem Punkt den Vertrag als einen Anachronismus, als ein Verbleiben im Alten Denken ansehen und denken, daß da seitens der DDR hätte mehr eingebracht werden können und müssen, daß also die Verhandlungsführung nicht ausreichend qualifiziert war und daß so eine Chance wirklich zeitgemäßer christlicher Politik vergeben wurde?

Geschäftsbereich des Ministers für Abrüstung und Verteidigung

5. Abgeordneter
Frieder Jelen
CDU/DA-Fraktion

Im Kontext der Bemühungen um gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen mit Einschluß der UdSSR und der atlantischen Partner der NATO, im Kontext der 2 + 4-Gespräche, im Kontext der Rückführung sowjetischer Truppen aus Ungarn und der CSFR wird die Frage immer dringender, wie unsere Regierung bzw. auch unser Parlament die Rolle der Westgruppe der sowjetischen Armee zu sehen hat.

Ob nicht noch vor den gesamtdeutschen Wahlen ein neues Stationierungsabkommen abgeschlossen werden muß -

und wie wir im Blick auf zunehmende Emotionen in diesen Fragen einen vernünftigen Kontakt zum Kommando der Westgruppe gestalten können.

Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit und Soziales

6. Abgeordneter
Manfred Koslowski
CDU/DA-Fraktion

Am 7.12.1989 faßte der Ministerrat den Beschluß 4/6/89, der Regelungen zu sozialen und arbeitsrechtliche Fragen enthält, die im Zusammenhang mit Strukturveränderungen und Rationalisierungsmaßnahmen im Staatsapparat auftreten. Dazu erfolgte am 16. 3. 1990 noch eine Nachtragsvereinbarung, die in unvertretbarer Weise Überbrückungsgelder, Prämien und eventuell Einrichtungszuschüsse bei Wohnortwechsel vorsieht.

Da dieser Beschluß im eklatanten Widerspruch zur Nettoausgleichszahlung von 70 % für die übrigen Werktätigen steht, bitte ich um Auskunft, ob dieser Beschluß angesichts der Haushaltsdefizite im Staat und in den Kommunen aufrechterhalten bleiben soll.

7. Abgeordnete
Angelika Barbe
SPD-Fraktion

Neben das bewährte Kindergeld der DDR tritt im Übergangszeitraum ab 2. Juli 1990 für Werktätige ein steuerlicher Kinderfreibetrag in Kraft. Da ein Drittel der Werktätigen in der DDR im 2. Halbjahr 1990 wegen geringer Lohnhöhe überhaupt keine Lohnsteuer zahlt, haben diese Familien und damit auch die zu fördernden Kinder nichts von solchen Freibeträgen. Steuerliche Kinderfreibeträge wirken sich daher überhaupt nur bei Besserverdienenden aus und widersprechen der Koalitionsvereinbarung.

Warum übernimmt die DDR den dualen Familienlastenausgleich der BRD mit seinen gravierenden Fehlern, anstatt Familienlastenausgleich durch Kindergeld wahrzunehmen?

8. Abgeordnete
Marlies Deneke
PDS-Fraktion

Vertreterinnen von im Ausland tätigen DDR-Bürgerinnen haben sich mit der Bitte an mich gewandt, sie betreffende arbeitsrechtliche und soziale Probleme hier vorzutragen. Mit Inkrafttreten der Änderungen und Ergänzungen zum Arbeitsgesetzbuch der DDR wird es die bisherigen Regelungen zum Delegationvertrag gemäß § 50 nicht mehr geben. Für die im Ausland arbeitenden schätzungsweise 5000 Bürgerinnen bedeutet dies Arbeitslosigkeit per Gesetz. Die soziale Lage dieser Frauen ist dadurch gekennzeichnet, daß sie keine Arbeitslosenunterstützung erhalten und ihnen zusätzliche Kosten bei Arbeitsplatzsuche und -beschaffung bisher nicht erstattet werden.

Ich richte daher an Sie die Anfrage, welche Maßnahmen von Ihnen vorgesehen sind, um hier Abhilfe zu schaffen?

9. Abgeordnete
Gisela Sept-Hubrich
SPD-Fraktion

Junge Frauen im "Babyjahr" haben in den vergangenen Monaten überdurchschnittlich häufig ihren Arbeitsplatz verloren, ohne daß der DDR-Kündigungsschutz eingehalten wurde. Welche Möglichkeiten werden für unrechtmäßig gekündigte Frauen geschaffen, ihren Arbeitsplatz nach dem 2. Juli 1990 wieder einzuklagen, auch wenn Fristen versäumt wurden?

10. Abgeordneter
Hinrich Kuessner
SPD-Fraktion

Ein Arzt verordnet nach dem 2. Juli 1990 für einen behinderten Menschen einen Rollstuhl oder ein Rehabilitationsmittel aus westlicher Produktion. Wie erfolgt die Finanzierung?

11. Abgeordnete
Dr. Christina Lucyga
SPD-Fraktion

In letzter Zeit häufen sich, unter Verletzung des noch geltenden Arbeitsrechts, Entlassungen von Frauen, darunter zahlreichen Alleinerziehenden und vor allem Frauen im fortgeschrittener Lebensalter.

Wie können diese Frauen, auch dann, wenn die Frist für die Inanspruchnahme von Rechtsmitteln schon überschritten ist, ihre Rechtsansprüche noch durchsetzen, und wie können außerdem langjährige Beschäftigte von Betrieben, denen bereits vorbeugend zum 30. 6. gekündigt wurde, erreichen, daß ihnen erneut ein Anspruch auf ihren alten Arbeitsplatz zugestanden wird, falls die betreffenden Betriebe wieder wettbewerbsfähig werden sollten?

12. Abgeordneter
Jürgen Demloff
PDS-Fraktion

In welchem Zeitraum werden auch in der DDR alle Bereiche aufgearbeitet sein, in denen in der BRD Nachteilsausgleich durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse fixiert sind, in welchem Zeitraum wird das finanzielle und materielle Niveau in der BRD erreicht werden und welche Vorstellungen hat die Regierung für eine planmäßige Gestaltung der Nachteilsausgleiche für Eltern mit Kindern, die behindert sind?

13. Abgeordneter
Jürgen Demloff
PDS-Fraktion

Wird es ein Ziel der Regierungspolitik sein, Menschen mit Behinderungen eine abgesicherte, selbständige Lebensführung ohne Bedürftigkeitsprüfung, auf der Grundlage gesetzlich garantierter Ansprüche, bei Nichtvorhandensein von Beitragsanwartszeiten zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten

14. Abgeordnete
Dr. Syliva-Yvonne Kaufmann
PDS-Fraktion

Der Ministerpräsident sprach bei seinem USA-Aufenthalt von der Notwendigkeit, daß die NATO auf die fundamentalen sicherheitspolitischen Veränderungen in den Staaten des Warschauer Paktes mit ebenso einschneidenden Veränderungen antwortet, wenn eine gesamtdeutsche Mitgliedschaft im westlichen Bündnis mit den sicherheitspolitischen Interessen der osteuropäischen Nachbarn vereinbar sein soll. Daraus ergeben sich zwei Fragen:

Wie wird vom Außenminister bzw. der Regierung die Bereitschaft der NATO-Staaten zu solchen einschneidenden Veränderungen, d. h., die Wandlung hin zum politischen Bündnis eingeschätzt?

Schließt die Regierung eine NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands aus, falls es nicht zu diesen entscheidenden Veränderungen kommt?

15. Abgeordneter
Prof. Dr. Michael Schumann
PDS-Fraktion

Welche Vorstellungen hat die Regierung über den inhaltlichen und zeitlichen Abschluß der 2 + 4-Verhandlungen? Was für ein völkerrechtliches Dokument - wie z. B. Friedensvertrag, Friedensakte o. ä. -, das eine endgültige Regelung noch offener Fragen in bezug auf Deutschland beinhaltet, wird in den Verhandlungen angestrebt?

Geschäftsbereich des Ministers für Bildung und Wissenschaft

16. Abgeordneter
Wolf-Peter Hannig
PDS-Fraktion

Ist Ihnen bekannt, daß im Widerspruch zum noch gültigen Arbeitsgesetzbuch, entgegen dem Willen von Elternvertretern und von Schülern, z. B. im Bezirk Rostock und Berlin, Entlassungen von Lehrern aus dem Schuldienst erfolgten und weiter erfolgen werden?

Wie wollen Sie diese Unrechtmäßigkeit im Sinne Ihrer eigenen Äußerungen unterbinden, um die wieder aufkeimende Unsicherheit der Pädagogen zu verhindern?

17. Abgeordneter
Wolf-Peter Hannig
PDS-Fraktion

In den letzten Tagen häufen sich Kündigungen von Lehrerverträgen, die für den 1. 9. 1990 abgeschlossen wurden.

Wie, Herr Minister, wollen Sie entsprechend dem Beschluß des Ministerrates über den Erhalt der Kapazitäten der Berufsbildung diese Erscheinungen unterbinden und wie wollen Sie sichern, daß bei der Umstellung auf die Marktwirtschaft auch ab 1. 9. 1990 die Berufsschulen erhalten bleiben, deren Betriebe in Konkurs gehen und deren Kommunen nicht in der Lage sind, diese Schulen zu finanzieren?

18. Abgeordnete
Angela Schneider
PDS-Fraktion

Herr Minister, wie soll entsprechend Ihrer Verordnung vom 30. 5. 1990 das Bekenntnis zur freiheitlichen, demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Ordnung abgelegt werden? Wie wollen Sie garantieren, daß dieses Bekenntnis mit Inhalt erfüllt wird oder soll dies wiederum - wie in der Vergangenheit hinlänglich praktiziert - zur Ausgrenzung bestimmter Personen führen?

Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft

19. Abgeordneter
Dr. Volker Stephan
SPD-Fraktion

In der Anlage Neustadt/Orla werden seit 1978 ca. 175 000 Schweine in einer Industrieanlage gehalten. Die Standort- und Baugenehmigung wurde offensichtlich unter sträflicher Vernachlässigung des Umweltschutzgesetzes erteilt, denn durch Abluft und Gülle sind u. a. bisher über 900 ha Wald zerstört und weitere 2000 ha geschädigt.

Wie reagiert die Regierung auf die anhaltende landschaftszerstörerische Wirkung dieser Anlage und wie soll für die Zukunft unser Lebensraum vor umweltfeindlicher Landwirtschaft geschützt werden?

20. Abg. ordnete
Katharina Landgraf
CDU/DA-Fraktion

Die Gemeinde Breunsdorf, Kreis Borna, Bezirk Leipzig, wird z. B. durch den Braunkohlenbergbau devastiert. Hier wohnt ca. noch die Hälfte der ehemaligen Einwohner. Aber etwa 10 Grundstücke bisher vom Braunkohlenwerk Regis noch nicht von den Besitzern abgekauft, während der größte Teil der Dorfbewohner sein Anwesen in den letzten Monaten verkaufen mußte (keinesfalls freiwillig!), obwohl die Überbaggerung auch jetzt noch nicht erfolgt ist. Somit müssen die Bürger die bereits verkaufen mußten, es mit der Einführung der D-Mark hinnehmen, daß ihre Konten und somit der Ertrag aus dem Verkauf ihrer Grundstücke abgewertet werden. Hier zeichnet sich nicht nur eine ungerechte Behandlung gegenüber den Bürgern, die den Verkauf direkt in D-Mark tätigen können, sondern auch insgesamt muß m. E. eine Nachkalkulation entsprechend dem realen Wert des Grund und Bodens sowie der Gebäude usw. nach dem 2. Juli erfolgen. Welche Maßnahmen können dazu ergriffen werden? Besteht in Zukunft die Möglichkeit für Bauern, die ihren Boden zur Devastierung veräußern mußten, Kippenflächen zu kaufen und somit ggf. Familienbetriebe führen zu können?

Geschäftsbereich des Ministers der Finanzen

21. Abgeordneter
Karl-Heinz Binus
CDU/DA-Fraktion
- Auf der Grundlage des Beschlusses des Minister-
rates 4/11/90 vom 2.5.90 wurden Finanz- und Haupt-
zollämter gebildet. Die Entscheidungen, in wel-
chen Kreisen Finanzämter eingerichtet werden,
wurden vorwiegend von ehemaligen leitenden
Funktionären der Abt. Finanzen der Räte der Be-
zirke und ohne Einbeziehung von Vertretern
der betroffenen Mitarbeiter durchgesetzt.
Die mit der Länderbildung zu verändernden Kreis-
strukturen blieben völlig unberücksichtigt.
- Welche Voraussetzungen bestehen, um diese dirigisti-
schen Entscheidungen zurückzunehmen und die demokra-
tische Mitwirkung von Expertengruppen bei der end-
gültigen Festlegung zu sichern?
22. Abgeordneter
Frank Bogisch
SPD-Fraktion
- Wem gehört die Deutsche Kreditbank AG und wem ist
sie unterstellt? Gibt es Richtlinien/Verordnungen,
in denen die Kriterien festgelegt wurden für die
Gewährung von Umlaufmitteln und Krediten an noch
"volkseigene Betriebe"? Warum werden Betriebe im
Moment nicht mit Krediten versorgt?

Geschäftsbereich des Ministers für Gesundheitswesen

23. Abgeordneter
MR Dr. med.
Walter Fiedler
CDU/DA-Fraktion
- Im Bezirk Magdeburg läuft der erste Lehrgang des Deutschen Roten Kreuzes für Krankentransporteur zur Qualifizierung zum "Rettungssanitäter" nach dem Vorbild der Bundesrepublik.
- Ich möchte wissen, auf Grund welcher Rechtsvorschriften der Einsatz dieser "Rettungssanitäter" künftig im System der medizinischen Notfallversorgung geregelt ist und welche medizinischen Eingriffe von diesen "Rettungssanitätern" am Ereignisort durchgeführt werden dürfen.
- Wer ist berechtigt, eine entsprechende Prüfung abzunehmen und ein Zertifikat auszustellen?

24. Abgeordnete
Dr. Christine
Lucyga
SPD-Fraktion
- Im uns vorliegenden Text des Sozialhilfegesetzes haben wir keinerlei Angaben über finanzielle Regelungen bei der häuslichen Pflege von alten und schwerkranken Pflegebedürftigen durch Angehörige gefunden.
- Da in der DDR seit Jahren akuter Pflegenotstand in Krankenhäusern und Heimen herrscht und auch kurzfristig keine Besserung zu erwarten ist, sind es vor allem Frauen die von oft jahrelangen Verdienstaussfällen betroffen werden.
- Sind Maßnahmen vorgesehen, häusliche Pflegezeiten durch finanzielle Hilfen und Anrechnungen für spätere Rentenansprüche sozial abzusichern?

Geschäftsbereich des Ministers für Familie und Frauen

25. Abgeordnete
Angelika Barbe
SPD-Fraktion

Warum sieht der Gesetzesplan der Volkskammer kein Gleichstellungsgesetz für Frauen und Männer vor, um Benachteiligungen im Arbeitsleben entgegenzuwirken; in diesem Zusammenhang frage ich ergänzend, warum das in der Bundesrepublik geltende Benachteiligungsverbot (§ 611 a BGB) und das Arbeitsplatzausschreibungsgebot (§ 611 b BGB) nicht für die Rechtsordnung der DDR übernommen werden?

Geschäftsbereich des Ministers der Justiz

26. Abgeordneter
Dr. Volker Stephan
SPD-Fraktion

Ist es richtig, daß vom Ministerrat beschlossen worden ist, in Zukunft nur noch Anwalts-Notariate zuzulassen?

Wie stellen Sie sich die Arbeitsmöglichkeiten der etwa 400 zugelassenen Notare in den nächsten Jahren vor? Sind Sie nicht auch der Meinung, daß durch die exakte Trennung der Aufgaben eines Notars von denen eines Rechtsanwaltes und deren personelle Trennung erhöhte Rechtssicherheit im Rechtsverkehr gewährleistet wird?

Geschäftsbereich des Ministers für Medienpolitik

27. Abgeordneter
Bernd Voigtländer
SPD-Fraktion

Seit Öffnung der Grenzen und besonders ab 2. 7. 90 ist bzw. wird die Bevölkerung der DDR mit neuen, weithin ungewohnten Lebensumständen konfrontiert. Wie realisiert die Regierung die Vorbereitung der Bevölkerung auf diese Veränderung?

Ich denke hierbei an gezielte und umfassende Aufklärung durch die Medien und durch Informationsblätter (im Postvertrieb) über Probleme wie unlauterer Handel, Abzahlungsgeschäfte, Haus- und Grundstückshandel, Preise, preisbewußtes Verhalten, Drogen, Mietrecht, Eigentumsrecht, Rechtswege u.v.a.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales wird in ähnlicher Weise bereits tätig.

Diese Frage ist ebenfalls an die Geschäftsbereiche der Minister für Justiz, Post- und Fernmeldewesen, Finanzen, Handel und Tourismus, Familie und Frauen sowie Arbeit und Soziales gerichtet.

Geschäftsbereich des Ministers für Regionale und Kommunale
Angelegenheiten

28. Abgeordneter
Karl-Heinz Binus
CDU/DA-Fraktion

Nach den Kommunalwahlen am 6.5.1990 haben viele Bürger Verantwortung übernommen, die über keine ausreichenden Kenntnisse zu Aufgaben, Strukturen und Kompetenzen kommunaler Selbstverwaltungsorgane verfügen. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang, daß zu wenige Informationen die neuen Bürgermeister und Landräte erreichen. So fehlen beispielsweise Richtlinien zu Gehaltsfragen u. a. Welche Maßnahmen werden durch die Regierung eingeleitet, um allen kommunalen Selbstverwaltungsorganen schnellstens theoretische Kenntnisse zu vermitteln?

Geschäftsbereich des Ministers für Umwelt, Naturschutz, Energie und
Reaktorsicherheit

29. Abgeordneter
Peter Hildebrand
Bündnis 90/Grüne

In verschiedenen landschaftlich attraktiven Gegenden der DDR werden seit einiger Zeit zum Teil pausenlos touristische Rundflüge mit Hubschraubern, Agrarflugzeugen u. a. durchgeführt. Der Lärm um die zusätzlichen Luftschadstoffemissionen bedeuten eine unerhörte Zumutung für die jeweiligen Bewohner und Erholungssuchenden und für die betroffene Tierwelt. Verursacher dieses rücksichtslosen Exklusivtourismus sind die ehemaligen Genossen Piloten des Agrarfluges und der GST. Sie wissen, daß sie ihr Geschäft betreiben dürfen und daß entgegenstehende Beschlüsse der Räte der Bezirke nicht durchsetzbar sind.

Was kann gegen die aus der Sicht des Natur- und Umweltschutzes und der Gefährdung allgemeintouristischer Interessen abzulehnenden Rundflüge staatlicherseits getan werden?

Ist eine generelle Luftraumbeschränkung - auch eine solche über 300 m Flughöhe - über bestimmten Gebieten umgehend möglich, oder was ist in dieser Hinsicht zu tun?

Diese Frage ist ebenfalls an die Geschäftsbereiche der Minister für Abrüstung und Verteidigung sowie Handel und Tourismus gerichtet.

30. Abgeordneter
Volker Schemmel
SPD-Fraktion

Derzeit erfolgt im Südraum von Leipzig im sachlichen Übereinklang mit dem entsprechenden Ministerratsbeschluß vom 8. 2. 1990 die Stilllegung carbochemischer Anlagen.

Im Territorium Rositz verbleiben danach Altlasten in außergewöhnlicher Größenordnung. So lagern z. B. in ungesicherten Gruben mindestens 250 000 m³ Rückstände der Teer- bzw. Erdölverarbeitung.

Welche Verantwortlichkeiten ergeben sich nach Stilllegung bzw. Auflösung des Betriebes für die Entsorgung und welche Maßnahmen sind sofort durchzuführen?

(Erstellung eines entsprechenden landesweiten Schadstoffkatasters, Sicherung der Deponien usw.)

31. Abgeordneter
Dr. Ernst Dörfler
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Herr Minister, gedenken Sie, das in der BRD noch gültige Energiewirtschaftsgesetz von 1935 für die DDR zu übernehmen oder wird sich Ihr Ministerium mit der Ausarbeitung einer auf Umweltverträglichkeit, Energieeinsparung und Risikominderung orientierten Gesetzgebung befassen, wie sie z. B. im Saarland oder in Dänemark existiert?

32. Abgeordneter
Dr. Ernst Dörfler
Fraktion Bündnis 90/Grüne

Welche in der DDR erteilten atom- und strahlenschutzrechtlichen Betriebs- und Transportgenehmigungen sowie Zulassungen von End- und Zwischenlagern sind nach dem Inkrafttreten des bundesdeutschen Atomgesetzes und dessen Vorschriften weiterhin gültig, und wann wird die Dauerbetriebsgenehmigung für Block 5 des KKW Greifswald erteilt?

Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr

33. Abgeordnete
Anne-Karin Glase
Fraktion CDU/DA

Im Auftrage des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit bitte ich den Verkehrsminister, folgende Frage zu beantworten:

"Im Rahmen der prompten Katastrophenhilfe für die Opfer des Erdbebens in Peru wurden in der Verantwortung des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit 2 Maschinen der Interflug dringend benötigte Hilfsgüter nach Peru gesandt. Nunmehr stellt die Interflug dem Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit dafür 2,0 Mio M in Rechnung. Das ist eine Summe, in der offenbar eine nicht unbeträchtliche Gewinnspanne u. a. enthalten sind.

Katastrophenhilfe darf kein Feld für Gewinnstreben sein.

Wäre es nicht richtig, in diesem und allen weiteren, ähnlichen Fällen, die Interflug anzuweisen, ausschließlich ihre tatsächlich entstandenen Kosten in Rechnung zu stellen?"
Welche Haltung hat der Minister dazu, und was gedenkt er zu unternehmen?

Eine schriftliche Beantwortung der Frage wird als ausreichend angesehen.

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft

34. Abgeordneter
Gunter Weißgerber
SPD-Fraktion
- Herr Minister Pohl, wie sehen Sie die weitere Perspektive des Mansfelder Bergbaus?
- Seit Wochen werden Tausende Bergleute ver-
tröstet bzw. im Ungewissen gehalten.
- Wird dieser Bergbau bis 1995 weitergehen, und
welche Möglichkeiten der Umschulung werden
diese Bergleute erhalten?
- 35 Abgeordneter
Kurt Stempel
CDU/DA
- Im Zusammenhang mit der Umwandlung von VEB-
Kombinatsleitungen in Kapitalgesellschaften
kommt es unter anderem zur Kündigung der kom-
pletten Belegschaft, wobei sich unverzüglich
aus einigen ausgewählten ehemaligen Beleg-
schaftsangehörigen Holding-GmbH mit Tochter-
GmbH bilden. Das dafür benötigte Stammkapital
wird aus dem Vermögen der umgewandelten Kom-
binatsleitung gebildet, eine Rechtsnachfolge
der gebildeten GmbH aber abgelehnt.
- Ist eine solche Verfahrensweise rechtlich
begründet? Wie können die Interessen der
Belegschaft hinsichtlich der Eigentumsanteile
gesichert werden?
36. Abgeordneter
Frank Bogisch
SPD-Fraktion
- Welche Sofortmaßnahmen werden im Ministerium
für Wirtschaft vorbereitet, um sanierungs-
bedürftige Unternehmen während des länger-
dauernden Prozesses der Modernisierung nicht
vorzeitig "aushungern" zu lassen?

37. Abgeordnete
Christine Rudolph
SPD-Fraktion

Welche Übergangsregelungen sehen Sie für die Industrieforschung im 2. Halbjahr 1990 vor?

Die Industrieforschung befindet sich zur Zeit in einer prekären Lage. Viele Betriebsleiter entlassen Mitarbeiter aus dem Bereich Forschung als "überflüssigen Ballast".

Wir befürchten deshalb bei einer allgemeinen Entlassungswelle in diesem Bereich die Abwanderung des leistungsfähigen Potentials der Industrieforschung in andere Bereiche oder westliche Unternehmen.

38. Abgeordneter
Kurt Stempell
CDU/DA

Bei der Umwandlung der bisherigen zentral- und bezirksgeliteten Betriebe in neue Wirtschaftsformen (GmbH, AG) wird davon ausgegangen, daß ihre Liegenschaften und Immobilien auch ihr Eigentum sind; somit wird der Kommune jedes Recht und jede Verfügungsgewalt darüber entzogen.

Was gilt nunmehr als kommunales Eigentum?

Inwieweit erhält die Kommune Liquidation oder bei Teilauflösung eines Betriebes das Wiederverfügungsrecht über diese Liegenschaften und Immobilien, bzw. auf welche Weise kann die Kommune einer Weiterveräußerung Einhalt gebieten, z. B. durch ein Vorkaufsrecht für die Kommune?

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

39. Abgeordnete
Dr. Ursula Fischer
PDS-Fraktion

Ist im Entwurf des Entwicklungshelfergesetzes des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit die Möglichkeit vorgesehen, die Tätigkeit als Entwicklungshelfer im Ausland oder in der DDR als eine Form des Wehersatzdienstes anzuerkennen?